

Oliver Rathkolb

Die paradoxe Republik

Österreich 1945 bis 2005

ISBN-10: 3-552-04967-3

ISBN-13: 978-3-552-04967-3

Weitere Informationen oder Bestellungen unter
<http://www.zsolnay.at/978-3-552-04967-3>
sowie im Buchhandel

DIE ÖSTERREICHISCHE IDENTITÄT ZWISCHEN NATIONALSTOLZ, SOLIPSISMUS UND „STILLEM“ EUROPÄISCHEM PATRIOTISMUS „... uns bleibt nichts übrig, als selbst auf den Gedanken eines Anschlusses zu verzichten“ Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs befürworteten 1918 die maßgebenden politischen Kräfte in Österreich uneingeschränkt die Demokratie und die Abschaffung der Monarchie; der Kleinstaat jedoch stieß auf große Skepsis. Der Satz vom „Staat, den keiner wollte“ drückt diese Zweifel an der wirtschaftlichen und nationalstaatlichen Lebensfähigkeit eines nach dem Zerfall Österreich-Ungarns auf sieben Millionen Einwohner geschrumpften Staatsgebildes präzise aus. Der Wille zum Anschluß an das inzwischen ebenfalls demokratisch organisierte Deutsche Reich ging quer durch die politischen Parteien, wurde aber von den alliierten Siegermächten (Frankreich, Großbritannien und die USA) 1920 nicht akzeptiert und fand auch in Deutschland nur halbherzige Unterstützung. Die nachfolgenden Jahrzehnte waren von der zunehmenden Militarisierung der politischen Auseinandersetzung und der Radikalisierung der Konflikte (Stichwort: Justizpalastbrand 1927) inmitten sozialer und ökonomischer Dauerkrisen geprägt. Der autoritäre Kurs des christlichsozialen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß mit der Ausschaltung des Parlaments nach dem 4. März 1933 führte schließlich zum Bürgerkrieg im Februar 1934 und zum Verbot der SDAP (Sozialdemokratische Arbeiterpartei). Das Ziel, durch eine Regierungsdiktatur den Nationalsozialismus, der seit 1933 in Deutschland an der Macht war, zurückzudrängen, scheiterte. Die Terrorattentate der Nationalsozialisten gingen weiter, Dollfuß selbst wurde im Juli 1934 bei einem mißglückten Putschversuch ermordet. Sein Nachfolger Kurt Schuschnigg setzte vorerst auf einen Ausgleich mit Hitler-Deutschland (Juli-Abkommen 1936) und die Fortsetzung der Regierungsdiktatur. Die vorsichtige Öffnung gegenüber der verbotenen „Linken“ und den Gewerkschaften Ende 1937 kam jedoch zu spät und brachte ebensowenig Erfolg wie die für den 13. März 1938 anberaumte Volksabstimmung „Für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich“, die Hitler untersagte. Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht am 12. März 1938, dem kein Widerstand entgegengesetzt wurde, beendete endgültig die Kleinstaatlichkeit. An die 250.000

Menschen jubelten am Heldenplatz Adolf Hitler als „Befreier“ zu. Gleichzeitig begannen erste Verhaftungswellen; 50.000 Österreicher/innen, politische Gegner/innen sowie Juden und Jüdinnen standen im Zentrum dieser Terroraktionen. Damit wurde auch bereits der Rahmen der Volksabstimmung vom 10. April 1938 abgesteckt, die über den „Anschluß“ befinden sollte und deren fast hundertprozentige Zustimmung (99,6 Prozent) ein Ergebnis von Opportunismus, ideologischer Überzeugung, massivem Druck und perfekter Propaganda sowie punktuellen Wahlfälschungen war. Trotz der durch alle gesellschaftlichen Schichten gehenden Anpassung an das NS-Regime kristallisierten sich vielfältige Formen des Widerstands heraus, meist eine Reaktion auf die reichsdeutsche Dominanz und die negativen Folgen der Expansionsfeldzüge der deutschen Wehrmacht in ganz Europa. Nach der Befreiung durch die Alliierten – vor allem durch die Rote Armee im Osten und die US-Einheiten im Westen – stand aber nicht die eigene Verantwortung und Mitwirkung an Holocaust und Krieg im Zentrum gesellschaftlicher Debatten, sondern die Situation als Opfer, als Kriegsgefangene, Bombenopfer und Verfolgte von NS-Repressionen. Selbst die Leiden der jüdischen Opfer – rund 130.800 Personen waren ins Exil getrieben, an die 65.000 Menschen zu Opfern des NS-Terrors und der Vernichtungsmaschinerie geworden – wurden rasch von den Hinweisen auf eigene Leiden und Schicksalsschläge verdrängt. Die nationale Geschichtserinnerung hatte ihren Ursprung in dem Schockerlebnis, als die „Ostmärker“ nach 1938 keineswegs als Elite, sondern als bloße Provinzgesellschaft in das nationalsozialistische Deutsche Reich integriert worden waren. Da man diese selbstkonstruierte Sonderrolle der „besseren deutschen Kulturnation“ negiert hatte, kam es, vor allem mit den zunehmenden militärischen Niederlagen nach der Schlacht um Stalingrad 1942/1943, rasch zu einer emotionalen Ablösung. 1945 stellte kaum jemand mehr öffentlich die Trennung von Deutschland in Frage. Eine starke eigenständige und kleinstaatliche Identität war damit allerdings noch nicht herausgebildet. Diese ambivalente Position wird bereits in der ersten Erklärung des Staatskanzlers Karl Renner, eines klassischen deutschnationalen k.u.k. Sozialdemokraten, deutlich. Vor Beamten im Kanzleramt am Ballhausplatz erklärte er am 30. April 1945, „... daß der Anschlußgedanke, wie er in den Jahren 1918, 1920

und in den nachfolgenden Jahren vertreten war, etwas ganz anderes vorgesehen hat als Hitler gebracht hat. Seiner Idee nach sollte das österreichische Volk als Bundesglied mit seinem aufrechtstehenden Staate als Bundesstaat nach der Weimarer Verfassung in die Gemeinschaft aller deutschen Stämme eintreten [...]. Es ist Adolf Hitler, der den Anschluß zuerst verfälscht und verfehlt, und zum Schluß für alle Zeit verspielt hat. Die drei Weltmächte [USA, UdSSR und Großbritannien, Anm. d. Verf.] haben sich geeinigt, das selbständige Österreich wiederherzustellen, alle übrigen Staaten der Welt bis auf ganz kleine Ausnahmen haben sich diesen Weltmächten angeschlossen und uns bleibt nichts übrig, als selbst auf den Gedanken eines Anschlusses zu verzichten. Das mag so manchem hart werden, aber andererseits, nach dem was geschehen ist, nach dieser furchtbaren Katastrophe, ist die einmal vollzogene Tatsache für uns alle zugleich eine erlösende und befreiende Tatsache.“ Nun war Österreich tatsächlich ein „Sonderfall“ im Zentrum der Weltpolitik, wie es gerne immer gewesen wäre, und zwar aufgrund der zufälligen geographischen Lage zwischen den Blocksystemen im Kalten Krieg. Gleichzeitig entwickelte sich die Vorstellung, daß Österreich entsprechend intensiv auch von der neuen westlichen Supermacht, den USA, registriert werden würde. Es ließ sich, wie deutsche Diplomaten 1952 mit Grimm festhielten, „statt seine Mithaftung anzuerkennen, als überfallenes Kind hätscheln“; trotzdem war dies kein zentrales Thema in der Geopolitik. Die überschätzte Bedeutung der Österreich-Frage, vermischt mit einem unausgesprochenen schlechten Gewissen, dauert hingegen, ganz im Sinne eines nationalen Solipsismus, bis zum heutigen Tag an, vermittelt und verstärkt durch die österreichische Presse. Auch die Politik verstärkt und transportiert die Fehleinschätzung, daß zentrale US-Entscheidungsträger und Medien ständig die Entwicklungen in Österreich beobachten. Dies traf vereinzelt wohl auf den Zeitraum bis 1955 zu, doch trotz Waldheim und Haider bleibt Österreich in den USA wohl eher als Musikland, als Schauplatz der Trapp-Familiensaga „A Sound of Music“ präsent, wie Langzeitauswertungen von Medien dokumentieren. Durch die Neutralität erhielt die österreichische Selbstbezogenheit einen permanenten und besonderen Status. Österreich galt als Brücke zwischen Ost und West, als Treffpunkt für Entspannungsgespräche in

den 1970er Jahren. Es ist nur scheinbar ein Widerspruch, daß das gesamtösterreichische Nationalbewußtsein gerade in der aktiven außenpolitischen Ära Bruno Kreiskys besonders gedieh und der Internationalismus en vogue war. Die internationale Anerkennung und Reputation stärkte die Identität des Kleinstaats; Provinzialismus und permanenter Selbstüberschätzung wurden jedoch keineswegs die „Giftzähne“ gezogen. Das Ende des Kalten Kriegs und die Integration in die EU hatten ein abruptes Ende der bereits in den 1980er Jahren deutlich reduzierten „Sonderrolle“ Österreichs im Gefolge. Den selbstverliebten Österreichern brachten der EU-Beitritt, aber auch die Konsequenzen der Globalisierung eine handfeste Krise. Plötzlich galt es neue Realitäten und Entscheidungsprozesse zu akzeptieren, was zunehmend zu Friktionen führten, da die politische und ökonomische Sonderrolle Österreichs im Kalten Krieg deutlich reduziert oder ganz aufgelöst wurde. So scheiterte etwa die Antiatompolitik, die sich Österreich nach der Volksabstimmung gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf 1978 auf die Fahnen geschrieben hatte, gegenüber der Tschechischen Republik, der Slowakei und Slowenien, da Österreich in der EU keine Lobby – zum Beispiel gegen die Inbetriebnahme von Temelín – mobilisieren konnte. Dieser Trend wird durch eine globale Entwicklung verstärkt, wie eine Studie des Washingtoner „Research Center for the People & the Press“ vom Juni 2003 nach einer Befragung von 66.000 Menschen aus 49 Nationen dokumentiert. Dieser höchst repräsentative Ausschnitt der Weltöffentlichkeit – ohne Kleinstaaten wie Österreich – ist sich über alle Altersgruppen hinweg relativ einig, daß die Globalisierung den Verlust traditioneller kultureller Identitäten zur Folge habe. So sehen beispielsweise in Deutschland 69 Prozent der Befragten ihren traditionellen Lebensstil gefährdet, 68 Prozent der Italiener befürworten – ebenso wie 53 Prozent der Franzosen – kulturellen Protektionismus zum Schutz der „nationalen“ Kultur. Derartige Entwicklungen wirken sich in Kleinstaaten mit einer relativ jungen nationalen Identität noch stärker aus. In diesem Sinne liegt also Österreich durchaus im globalen Mainstream der Identitätsentwicklung, aber mit noch heftigeren Reaktionen in Krisenzeiten. In einem Gespräch mit dem Autor gebrauchte Viola Breit, die 1938 mit ihrer Familie aus Wien vertrieben worden war, einmal den Begriff „Solipsismus“, um das

nationale Selbstverständnis ihrer ehemaligen Landsleute zu beschreiben. Damit wird der Kern der aktuellen Eigensicht der meisten Österreicher und Österreicherinnen prägnant skizziert: eine permanente Ichbezogenheit. Meiner Ansicht nach ist dieser österreichische Solipsismus eine Konstante, die sich aus den letzten Jahrzehnten der Monarchie herleitet. Damals dominierte eine deutschsprachige Minderheit die anderen nationalen Mehrheiten (mit Ausnahme der Ungarn ab 1867). Das Gebiet des heutigen Österreich mit der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien wurde zum Zentrum aller Aktivitäten und Entwicklungen in der Monarchie hochstilisiert, die reale Entwicklung in der Außenwelt von der dominierenden nationalen Gruppe jedoch verdrängt, sowohl in der Nationalitätenfrage als auch in der ökonomischen und politischen Entwicklung in Europa. Die Kriegserklärung 1914 trotz inferiorer militärischer und sozioökonomischer Kapazitäten bildete den ersten Kulminationspunkt dieser Fehleinschätzung und grundlosen Überhöhung der eigenen Kapazitäten. Deutliche Spuren von Solipsismus finden sich auch in Umfragen über den Nationalstolz. Schon vor der Volksabstimmung über einen EU-Beitritt Österreichs dokumentierten Meinungsbefragungen für Österreicher und Österreicherinnen einen extrem ausgeprägten Nationalstolz, der im internationalen Vergleich nur durch den der US-Bevölkerung übertroffen wurde. Klar wurde dabei auch, daß dieser Nationalstolz häufig auf „bodenständigen“ Argumenten wie „schöne Landschaft“ (zunehmend mit einem hohen Umweltbewußtsein verbunden) sowie der traditionellen Volks- und Hochkultur aufbaute. Als drei „sichere Orte“ der österreichischen Identität könnten hier Landschaft, Kultur (sowohl Hochkultur als auch Volkskultur) und – immer noch – die Neutralität angeführt werden. Bemerkenswert ist, daß die „Medizinische Schule“ nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert einnimmt. Sporterfolge, die ursprünglich (in den 1950er Jahren) sehr wichtig waren, verlieren seit 1980 an Bedeutung, Sportstars selbst stehen hingegen nach wie vor ganz oben in der Anerkennungsskala. Das politische System Österreichs, seine Verfassung jedoch zählt nicht zu den sicheren Orten auf der mentalen Identitätslandkarte Österreichs. Dies ist ein auffallender Unterschied zu Deutschen, aber auch Amerikanern, die nie das Vertrauen in ihre an sich höchst renovierungsbedürftige Verfassung aus dem 18. Jahrhundert verloren

haben. In Österreich schwand der „Glauben“ an Politik nach der Ära Kreisky: 1987 bezeichneten nur noch 27 Prozent der Befragten die österreichische Politik als Leistung, auf die man stolz sein könne (gegenüber 72 Prozent im Jahr 1980). Im Oktober 2000 waren nur 27 Prozent der Österreicher/innen mit der politischen Lage zufrieden, die Krise hielt an. Auch das Vertrauen zu Politikern im Vergleich zu Ärzten (91 Prozent Zustimmung), Lehrern und Polizisten (je 76 Prozent) war 2004 extrem niedrig (15 Prozent). Damit liegt Österreich auf einer Linie mit Ungarn (14 Prozent), aber doch deutlich besser als Deutschland (6 Prozent), Italien (9 Prozent) oder Polen (6 Prozent). In diesem Zusammenhang zeigen sich jedoch regionale Unterschiede, die teilweise mit der regionalen Identität der Österreicher/innen zusammenfallen, der älteren Wurzel der nationalen Identität. Während also im Jahr 2000 27 Prozent insgesamt politische Zufriedenheit signalisierten, waren es in Tirol nur 19 Prozent, in der Steiermark und Vorarlberg hingegen je 36 Prozent; Wien lag im Durchschnitt.